

# Bremische Bürgerschaft

## Landtag

### 19. Wahlperiode

#### Anfragen in der Fragestunde

1. 14.06.16

#### **Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden**

Wir fragen den Senat:

Wann wird sich der Arbeitskreis „Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden“ zur Erarbeitung der namensgleichen Richtlinie konstituieren?

Mit welchen Personen soll der Arbeitskreis besetzt werden, welches Ressort wird die Leitung des Arbeitskreises übernehmen?

Welchen Zeitrahmen gibt sich der Senat, die obengenannte Richtlinie zu erarbeiten?

Silvia Neumeyer, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

2. 15.06.16

#### **Mehrfach-Ehen im Land Bremen**

Ich frage den Senat:

1. Wie viele muslimische Mehrfach-Ehen sind derzeit im Land Bremen (Stand 15. Juni 2016) von den Behörden anerkannt, und wie hoch ist die durchschnittliche Zahl der Ehefrauen und der Kinder in diesen polygamen Familienverhältnissen?

2. Wie viele Haushalte, in denen ein Mann mit mehreren Frauen verheiratet ist, beziehen steuerfinanzierte Transferleistungen wie ALG II, und wie hoch waren die Gesamtaufwendungen der Kommunen im Land Bremen für solche Leistungen im Jahr 2015?

3. Wie bewertet der Senat den Vorstoß von Bundesjustizminister Heiko Maas, muslimischen Mehrfach-Ehen in Deutschland die Anerkennung generell zu verweigern?

Jan Timke (BIW)

3.

16.06.16

**Erste Wahl des Massenmörders, legale Besitzmöglichkeiten von halbautomatischen „Sturmgewehren“ in Deutschland**

Wir fragen den Senat:

1. Sind zivile halbautomatische „Sturmgewehre“, mit welchen in Orlando am 12. Juni 2016 50 Menschen, in Newtown 2012 26 Menschen und in Aurora ebenfalls in 2012 12 Menschen erschossen worden sind, bei Geltendmachung eines vorgeblichen „waffenrechtlichen Bedürfnisses“ in Deutschland durch Privatpersonen erwerbbar?
2. Würde sich durch die am 10. Juni 2016 gefundene Einigung der EU-Innenminister hieran etwas ändern?
3. Soweit dieses nicht der Fall ist, welche Schritte wird der Senat einleiten, um den Besitz von halbautomatischen „Sturmgewehren“ in Deutschland verbieten zu lassen, bzw. welche Maßnahmen wird er ergreifen, um den Besitz dieser Waffen in Bremen zu reduzieren und zu erschweren, wenn ein bundeseinheitliches Verbot nicht zustande kommt?

Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

4.

16.06.16

**Durchsetzung von Straftatbeständen des Gesetzes über das Halten von Hunden**

Wir fragen den Senat:

Mit welchen Auflagen und ggf. Kontrollen stellen Senat und Messegesellschaft sicher, dass bei der Rassehundeausstellung Bremen vom 30./31. Juli auf der Bürgerweide bei den geplanten Sonderschauen für American Staffordshire Terrier, Bull Terrier und Staffordshire Bullterrier, deren Handel und Zucht in Bremen verboten sind, die strafrechtlichen Vorschriften des § 7 a Absatz 1 Nr. 1 und 2 (Handel mit „gefährlichen Hunden“) des Gesetzes über das Halten von Hunden eingehalten werden?

Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

5.

16.06.16

### **Steigende Einbürgerungen im Lande Bremen**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen wurden im Lande Bremen im Jahr 2014 eingebürgert? (Bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven und jeweils getrennt nach Geschlecht ausweisen.)
2. Wie viele Personen wurden im Lande Bremen im Jahr 2015 eingebürgert? (Bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven und jeweils getrennt nach Geschlecht ausweisen.)
3. Wie viele neu Eingebürgerten wurden jeweils unter Hinnahme einer doppelten Staatsangehörigkeit eingebürgert? (Trennung wie oben.)

Antje Grotheer, Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

6.

28.06.16

### **Bau und Betrieb des Rechen- und Dienstleistungszentrums zur Telekommunikationsüberwachung**

Wir fragen den Senat:

1. Gab es eine öffentliche Ausschreibung zur Vergabe der Aufträge für den Bau und den Betrieb des geplanten Rechen- und Dienstleistungszentrums zur Telekommunikationsüberwachung (RDZ), wenn nein, warum nicht?
2. Welches Unternehmen ggf. welche Unternehmen sind mit dem Bau und dem Betrieb des geplanten RDZ beauftragt bzw. sollen beauftragt werden?
3. Welche Informationen zu den Kosten für den Bau und den Betrieb in den ersten zehn Jahren nach Inbetriebnahme des geplanten RDZ liegen dem Senat vor, wie verteilen sich diese Kosten anteilig auf die Bundesländer, und gibt es hierzu einen Vergleich der Kosten durch andere Anbieter für den Bau und den Betrieb in den ersten zehn Jahren nach Inbetriebnahme des RDZ?

Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

7.

28.06.16

### **Unfall-Drama um 13-Jährigen**

Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, dass die Bildzeitung am 16. Juni 2016 über einen libanesischen Tatverdächtigen berichtete, dem vorgeworfen wird, einen 13-Jährigen durch verkehrswidriges Verhalten lebensgefährlich verletzt zu haben und statt Hilfe zu leisten, Unfallflucht begangen zu haben, und ist es zutreffend, dass der Verdächtige bereits wegen über 60 Verkehrsdelikten sowie wegen mehrerer Gewaltdelikte und Diebstähle polizeibekannt war?
2. Wieso war es dann möglich, dass der Libanese am Tag vor der Unfallfahrt entgegen § 8 Staatsangehörigkeitsgesetz die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt?
3. Welche Maßnahmen will der Senat treffen, damit künftig sichergestellt ist, dass kriminelle Ausländer nicht eingebürgert werden?

Christian Schäfer, Piet Leidreiter und Gruppe ALFA

8.

28.06.16

### **Mangel an Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrern in Bremen und Bremerhaven**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Planstellen für Berufsschullehrer und Berufsschullehrerinnen sind in Bremen und Bremerhaven je Schuljahr für dieses Jahr genehmigt, und wie viele werden tatsächlich besetzt?
2. Wie viele wöchentliche Schulstunden müssen die Berufsschullehrer und die Berufsschullehrerinnen in Bremen und Bremerhaven leisten, und wie kann man sie entlasten?
3. Wie viele Direktoren und Konrektoren fehlen an Bremer und Bremerhavener Schulen, und wer macht zurzeit ihre Arbeit?

Christian Schäfer, Piet Leidreiter und Gruppe ALFA

9.

05.07.16

### **OTB adé?**

Ich frage den Senat:

1. Treffen Medienberichte zu, wonach der Bremer Senat und die Naturschutzorganisation BUND e. V. eine Prozessvereinbarung geschlossen haben, um auf dem Wege der Sprungrevision bestimmte Rechtsfragen in Bezug auf das geplante Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) vom Bundesverwaltungsgericht klären zu lassen, und wenn ja, um welche Rechtsfragen geht es im Einzelnen?
2. Um wie viele Jahre wird sich die Verfahrensdauer durch den Gang vor das Bundesverwaltungsgericht und die anschließende Zurückverweisung an die Bremer Verwaltungsgerichtsbarkeit nach Einschätzung des Senats mindestens verzögern?
3. Wann rechnet der Senat vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen bei einem aus seiner Sicht positiven Ausgang des Verwaltungsgerichtsverfahrens frühestens mit dem Baubeginn des OTB, und wann müsste das Projekt fertiggestellt sein, damit es dem Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremerhaven noch einen wirtschaftlichen Nutzen bringt?

Jan Timke (BIW)

10.

11.07.16

### **Datenschutz beim Bewohnermanagement in Unterkünften für Geflüchtete**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Daten werden auf der neu eingeführten Chipkarte im Rahmen der Programme „Bewohnermanagement für Flüchtlingsunterkünfte“ und „UMA Passau“ gespeichert und wie lange?
2. Welche Institutionen, Träger, Behörden und Mitarbeitende haben Zugriff auf die Daten und können diese ggf. personalisiert auslesen?
3. Wie bewertet der Senat die Einführung der genannten Programme im Hinblick auf den Datenschutz?

Sophia Leonidakis, Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

11.

14.07.16

### **Stärkung der Bewohnerbeiräte und Bewohnerfürsprecher in Pflegeeinrichtungen**

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die ehrenamtliche Arbeit der Bewohnerfürsprecher und Bewohnerbeiräte in den Bremer Pflegeeinrichtungen?

Welche Maßnahmen hat der Senat zur Stärkung der Bewohnerbeiräte und Bewohnerfürsprecher unternommen?

Wie bewertet der Senat die Einführung einer ständigen Konferenz von Heimbeiräten und Heimfürsprechern?

Heiko Strohmann, Sigrid Grönert, Rainer Bensch, Thomas Röwekamp  
und Fraktion der CDU

12.

15.07.16

### **Einigung über die Finanzierung der Flüchtlingskosten**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viel Geld wird Bremen entsprechend der Einigung vom 7. Juli 2016 vom Bund für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in den Jahren 2016, 2017 und 2018 jährlich insgesamt und pro Kopf pro Monat erhalten?

2. Mit welchen Ausgaben hat der Senat bei der Kostenaufstellung für die Ausgaben zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen für die Haushalte 2016 und 2017 insgesamt und pro Kopf pro Monat kalkuliert?

3. Welche Unterbringungsmöglichkeiten fallen für welche Unterkunft jeweils an, und wie viele Personen sind jeweils untergebracht und können maximal untergebracht werden?

Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

13.

18.07.16

### **Gründungsgeschehen und Firmeninsolvenzen im Land Bremen**

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet es der Senat, dass das Land Bremen laut einer Erhebung von Creditreform im ersten Halbjahr 2016 bei den Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen von allen Ländern an vierter Stelle steht?

Wie bewertet der Senat die Einschätzung der Handelskammer, wonach das vergleichsweise schwache Gründungsgeschehen in Bremen mit einem unzureichenden Wissenstransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft und insbesondere mit dem Fehlen von „Spin Offs“ aus den Hochschulen zusammenhängt?

Welche Schlussfolgerungen zieht der Senat daraus für seine Innovationspolitik und seine Gründungsförderung?

Jörg Kastendiek, Susanne Grobien, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp  
und Fraktion der CDU

14.

20.07.16

### **Mieterbefragung und Datenschutz**

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die im Mai 2016 angekündigte Mieterbefragung der Arbeitnehmerkammer?

Inwieweit teilt der Senat die Bedenken der Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Angabe der Wohnanschrift im Rahmen des Fragebogens?

Wie bewertet der Senat die von der Arbeitnehmerkammer angekündigte anonyme Auswertung der Fragebögen vor dem Hintergrund der abgefragten Wohnanschrift einschließlich der detaillierten Lage der Wohnung im Haus?

Susanne Grobien, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp  
und Fraktion der CDU

15.

21.07.16

### **Offene Haftbefehle im Land Bremen**

Ich frage den Senat:

1. Wie viele Haftbefehle zur Vollstreckung von Strafhaft sind im Land Bremen derzeit offen (bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen), und warum sind die Haftbefehle nicht vollstreckbar (bitte die drei wichtigsten Gründe nennen)?

2. Wie viele der Haftbefehle aus Frage 1 sind länger als drei Monate, wie viele länger als sechs Monate und wie viele länger als ein Jahr offen (bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?

3. Wie viele Haftbefehle sind derzeit offen wegen Straftaten, die als Verbrechen kategorisiert werden, also mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bedroht sind (bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?

Jan Timke (BIW)

16.

21.07.16

### **Geduldete Ausländer im Land Bremen**

Ich frage den Senat:

1. Wie viele geduldete Ausländer lebten zum Stichtag 30. Juni 2016 im Land Bremen, und wie hat sich ihre Zahl zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 30. Juni 2016 entwickelt (bitte getrennt nach Jahren und den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven ausweisen)?

2. Wie viele geduldete Ausländer gingen im Land Bremen zum Stichtag 30. Juni 2016 einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nach, und in wie vielen Fällen bestand ein Beschäftigungsverbot für Geduldete im Land Bremen nach § 60a Abs. 6 Aufenthaltsgesetz?

3. Wie viele geduldete Ausländer im Land Bremen beziehen Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz (bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?

Jan Timke (BIW)



17.

25.07.16

### **Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration**

Wir fragen den Senat:

1. Teilt der Senat die in den Anwendungshinweisen des Bundesinnenministeriums zu § 25b Aufenthaltsgesetz vertretene Auffassung, dass es dem Sinn und Zweck sowie der Entstehungsgeschichte dieser Norm nicht entspreche, einen Aufenthaltstitel nach § 25b auch dann zu erteilen, wenn die Antrag stellende Person die geforderte Mindestaufenthaltszeit von acht bzw. sechs Jahren überwiegend rechtmäßig als Inhaberin einer Aufenthaltserlaubnis verbracht hat?
2. Machen die Ausländerbehörden im Lande Breme die Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 25b an eine zum Zeitpunkt der Antragsstellung geduldete ausländische Person davon abhängig, ob sie sich während der Mindestaufenthaltszeit überwiegend geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis im Bundesgebiet aufgehalten hat?
3. Wie viele Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25b wurden seit dem 1. August 2015 gestellt, wie vielen Anträgen wurde stattgegeben, und wie viele Anträge wurden abgelehnt?

Wilko Zicht, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

18.

08.08.16

### **Abschaffung der Bareinzahlung auf den Vollstreckungsstellen**

Ich frage den Senat:

1. Aus welchen Gründen wurde zum 1. August 2016 die Möglichkeit abgeschafft, Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Finanzamt durch Bareinzahlung bei den Vollstreckungsstellen der Finanzämter Bremen und Bremerhaven zu erfüllen?
2. Warum wurde die Öffentlichkeit erst mit der Senatspressemitteilung vom 29. Juli 2016 und damit kurz vor Inkrafttreten der neuen Regelung über die Abschaffung der Bareinzahlungsmöglichkeit informiert?
3. Wie viele Bareinzahlungen wurden 2015 sowie im Zeitraum zwischen dem 1. Januar und dem 31. Juli 2016 auf den Vollstreckungsstellen der Finanzämter Bremen und Bremerhaven getätigt, und wie hoch war jeweils der Gesamtbetrag der Einzahlungen in den genannten Zeiträumen (bitte getrennt nach Vollstreckungsstellen der Finanzämter ausweisen)?

Jan Timke (BIW)

19.

09.08.16

### **Fortsetzung des Landesaufnahmeprogramms für Verwandte syrischer Flüchtlinge**

Wir fragen den Senat:

1. Beabsichtigt der Senat, nachdem am 6. August 2016 die Neuregelung der Haftung für den Lebensunterhalt in § 68 Aufenthaltsgesetz in Kraft getreten ist, das am 30. Juni 2015 ausgelaufene Landesaufnahmeprogramm für Verwandte von in Bremen lebenden syrischen Flüchtlingen nunmehr fortzusetzen?
2. Wenn ja, wird der Senat in der neuen Aufnahmeanordnung sicherstellen, dass Betroffene in der Verpflichtungserklärung keine Haftung für Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft, Geburt, Pflegebedürftigkeit und Behinderung mehr übernehmen müssen, damit unzumutbare finanzielle Belastungen für die Betroffenen vermieden werden?
3. Wie viele Anträge auf Teilnahme an dem im Sommer 2015 ausgelaufenen Landesaufnahmeprogramm wurden gestellt, wie viele davon wurden bewilligt?

Wilko Zicht, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

20.

16.08.16

### **Paralleljustiz**

Wir fragen den Senat:

1. Hat der Bremer Senat Kenntnis darüber, in welchem Umfang in Bremen sogenannte Friedensrichter tätig sind und an einer Paralleljustiz muslimischer Minderheiten mitwirken?
2. Gibt es Erkenntnisse über Vergütungen oder Spenden für diese Tätigkeiten, die wohlmöglich den Bezug von Hartz IV entgegenstehen sowie nicht korrekt versteuert werden, und ermittelt das Finanzamt in dieser Hinsicht?
3. Welche Aktivitäten werden seitens des Senats bzw. der Justizbehörden unternommen, um jede Form von Paralleljustiz in Bremen künftig zu unterbinden?

Christian Schäfer, Piet Leidreiter und Gruppe ALFA

21.

17.08.16

### **Kinderehen im Land Bremen**

Ich frage den Senat:

1. Wie hoch ist die Zahl der Ehen mit minderjährigen Mädchen (Kinderehen) im Lande Bremen?
2. Gedenkt der Senat sich für rechtliche Regelungen einzusetzen, welche die sich im Zuge der Flüchtlingskrise ergebenden Entwicklungen unterbinden hilft und die dazu führen, diese im Ausland geschlossenen Eheverhältnisse zu lösen und die Mädchen und jungen Frauen zu schützen?
3. Wenn ja, welche Maßnahmen sind das?

Alexander Tassis (AfD)

22.

17.08.16

### **Vermittlungen in privaten Wohnraum**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Geflüchtete im Land Bremen konnten 2015 und 2016 jeweils in privaten Wohnraum vermittelt werden?
2. Wie viele Vermittlungen in privaten Wohnraum entfielen dabei jeweils auf die GEWOBA, auf Wohnungsbaugenossenschaften (z. B. GEWOSIE, Stäwog), auf private Wohnungsunternehmen und auf Wohnungen im Besitz von Privatpersonen?
3. Wie lange dauert es derzeit durchschnittlich (ungefähr), bis Geflüchtete in Bremen bzw. in Bremerhaven in privaten Wohnraum vermittelt werden können?

Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE